

Ausschusses
Kaufmanns-Büroaus:
In Polen
außer in der Expedition
von Pruspoli (C. J. Mici & Co.)
Breitstraße 14;
in Sachsen
bei Herrn A. Spindler,
Rathausstrasse 14;
in Berlin bei Herrn F. Strelzoff;
in Frankfurt a. M.
S. L. Pauke & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Abonnement
in Berlin, Hannover,
Stettin, München, Bremen,
Hannover, Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Halle,
Wien u. Basel;
Haarlem & Leyden,
in Berlin;
A. Krieger, Solingen,
in Breslau; Carl Grottel.

J. 842.

Das Abonnement auf dieses Blatt kostet 120 Taler
jährlings. Diese Summe beträgt verhältnisweise für die Größe
des Blattes fast ganz ebensoviel wie das
Gesamtbudget der gesetzlichen Kostenstellen des Reichstags.

Dienstag, 1. Dezember

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Das Blatt kostet 120 Taler jährlings. Diese Summe beträgt verhältnisweise für die Größe des Blattes fast ganz ebensoviel wie das Gesamtbudget der gesetzlichen Kostenstellen des Reichstags.

Amtliches.

Berlin, 30. November. Der König hat dem hess. Bezirks-Präsidenten, Grafen von Arni im Voigtsberg, den Rohen Adler Ord. 3. Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe; dem Postdirektor Paul zu Ostrowo, im Kreise Adelina, den R. Adl. Ord. 4. Kl., dem Gemeindepfarrer a. D. Peterdowitz zu Schönemühl den R. Kr.-Ord. 4. Kl. verliehen; den Bade- und Brunnendirektoren Dr. Kunteln und Dr. Lehmann zu Dahnhausen den Charakter als Sanitätsrath, und den zeitigen Bürgermeister Enzmann zu Arneburg, in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Forst getroffenen Wahl, als beauftragten Beigeordneten der Stadt Forst für die gesetzliche zwölfjährige Kindesalter bestätigt.

Der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reiches den hess. Reg.-Ass. Franz Heinrich Ludwig Ulrich zum Bremen zum Eisenbahn-Direktor und Mitglied der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen ernannt.

Dem Oberlehrer Dr. Friedrich Rossinna am Gymnasium zu Tilsit ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Schwerin, 30. November. Zur Theilnahme an der Feier der Kriegerdenkmals-Erhöhung am 2. Dezember werden der General der Infanterie Freiherr von der Laan aus München, der Marineminister General v. Stosch aus Berlin und viele höhere Offiziere heute und morgen hier eintreffen.

Wandberg, 30. November. Heute hat hier die Enthüllung des Schönen-Denkmales unter großen Feierlichkeiten stattgefunden.

Wien, 29. November. In der Versammlung der drei verfassungstreuen Klubs, welche heute unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Herbst zur Besprechung der wirtschaftlichen Lage stattfand, beantragte der Abgeordnete Spiegel, nachdem er hervorgehoben hatte, daß seitens der Versammlung seinerlei Misstrauensvolum oder Opposition gegen die Regierung beachtigt werde, die Einschaltung einer aus den drei verfassungstreuen Klubs zu wählenden Kommission von 30 Mitgliedern behufs Erwähnung der Mittel zur Abhilfe der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misstände. Der Abgeordnete Heilsberg befürwortete sodann die Unternehmung von Eisenbahnbauten seitens des Staates,

Abg. Fox empfiehlt außer den Eisenbahnbauten die Überlassung verschiedener öffentlicher Plätze und der wiener Universität an die Kommune, sodann auch die Aufnahme von Staatsanleihen zu Bauten von Schulen, Gemeindehäusern, Spitäler und Strafen, Brestel und andere sprechen gegen jede Staatshilfe. Kallir beantragt, auf den Antrag Spiegels nicht einzugehen, vielmehr die Mitglieder aufzufordern, etwaige Anträge im Abgeordnetenhaus einzubringen. Es beantragt, die Regierung aufzufordern, einen eingehenden Gesetzentwurf über den Bau von Staatseisenbahnen im nächsten Januar vorzulegen. Nachdem sich endlich nach Schluss der Debatte der Vorsitzende noch für die Einschaltung der heute gemachten positiven Vorschläge als selbständiger Antrag bei der Beratung des Budgets ausgesprochen hatte, wird der Antrag Kallir angenommen. Sämtliche übrigen Anträge sind dadurch abgelehnt.

Wien, 30. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantragte der Minister des Innern, Freiherr v. Lasser, die Interpellation wegen der auf dem Lande herrschenden Unsicherheit, indem er eine Tabelle vorlegte, aus der zu erschließen war, daß seit dem Zustandekommen des Gesetzes betreffend das Verfahren gegen die Bagabunden, die Sicherheit wesentlich zugenommen hat. Darauf begründete der Abg. Wildbauer seinen Antrag auf Änderung des Gesetzes betreffend die Aufsicht über die Schulen und gab zu diesem Zwecke eine eingehende Darstellung des gegenwärtigen Zustandes der Schulen in Tirol. Der Abg. Graf (Tirol) bestritt die Kompetenz des Reichsrates in dieser Angelegenheit und bezeichnete den Antrag als eine Verfassungsverletzung. Nachdem noch die Abgeordneten Hoffer, Dördi und Wildbauer (Südtirol) und schließlich der Kultusminister v. Streiter für den Antrag das Wort ergriffen und in Abrede gestellt hatten, daß in demselben eine Kompetenzüberschreitung gefunden werden könnte, wurde der Antrag einem Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen. Darauf trat das Haus in die noch auststehende Beratung des § 12 des Allgemeinen ein. Derselbe wurde mit dem Amendement des Abg. Dr. Herbst angenommen, wonach die Bestimmungen des Allgemeinen, soweit statutarische Bestimmungen nicht entgegenstehen, auch auf schon bestehende Gesellschaften Anwendung finden. Endlich wurde der Bericht des Ausschusses über die vorjährige Aufhebung und Wiederherstellung der Bankalte ohne Debatte genehmigt.

Pest, 30. November. Im Abgeordnetenhaus wurden heute vom Finanzminister Ghyczy mehrere Vorschläge betreffend die Einführung von Zuzahlsteuern eingebrochen. — In der Sitzung des Oberhauses erklärte der Ministerpräsident Bitto, daß er, wenn möglich, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf über die Reform des Oberhauses vorlegen werde. — Der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses erörterte heute die Beratungen über das Budget der Honved-Armee, an welchem erhebliche Reduktionen vorgenommen wurden. Der Honved-Minister Szende erklärte, daß er auf der Bewilligung der geforderten Beträge in ihrem vollen Umfang bestehen müsse und die Reduktionen nicht akzeptieren könne.

Paris, 30. November. Die Kaiserin von Russland und der Großfürst Alexej sind heute Vormittag um 10½ Uhr nach San Remo abgereist. — Die Botschaft des Präsidenten Mac Mahon wird, wie die Agence Havas bestätigend mittheilt, nicht vor Mittwoch der Nationalversammlung übermittelt werden. — In einer heute stattgehabten Versammlung von Deputirten der äußersten Linken und der Linken wurde einstimmig die Absicht ausgesprochen, unmittelbar nach dem Wie-

derzusammentritt der Nationalversammlung das Gesetz über die Armeekadres zu berathen und jede politische Diskussion sowie die Beratung der konstitutionellen Gesetze bis nach dem 1. Januar 1875 zu vertagen. Man glaubt, daß die drei Gruppen der Linken morgen denselben Beschluss fassen werden. Auch die Gruppen der Rechten sollen in dieser Beziehung die gleiche Absicht haben.

Versailles, 30. November. Die Nationalversammlung hat heute ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Der Kriegsminister, General de Cissey, brachte einen Gesetzentwurf über die Organisation der Cadres des siebenden Heeres und der Territorialarmee ein. Sodann wurde die Konstituierung der Abteilungen durch das Voie vorgenommen. Der weitere Verlauf der Sitzung war ohne erhebliches Interesse. — Morgen findet die Wahl des Präsidenten statt und wird die Wiederwahl Buffel's als sicher betrachtet. Die Botschaft des Marschallpräsidenten dürfte am Mittwoch oder Donnerstag eingebracht werden. Das rechte Zentrum hat Bocher zum Vorsitzenden gewählt. — Der Graf von Chambord hat an die Fraktion der äußersten Rechten eine Befehl gerichtet, in welcher er es seinen Anhängern zur Pflicht macht, sich an keinen Beschlüssen zu beteiligen, durch welche die Wiederaufrichtung der Monarchie „beamte“ werden könnte.

London, 30. November. In allen Kirchen der katholischen Diözese Westminster wurde gestern ein Hirtenbrief des Erzbischofs Manning verlesen, in welchem ausgesprochen wird, daß jeder Katholik, welcher die Unfehlbarkeit des Papstes leugne, dadurch ipso facto von der katholischen Gemeinschaft ausgeschlossen werde und jedes Mal, wenn er, unter Verheimlichung dieses seines Unglaubens, die heiligen Sakramente genieße, ein Sanktus begehe. Dem Vernehmen nach wird der Erzbischof Manning nächstens eine Broschüre über die vatikanischen Dokete und den Einfluss derselben auf die Unterthanentreue veröffentlichen. — Nach amtlicher Mittheilung ist bisher noch keine definitive Bestimmung darüber getroffen, wem das Kommando der Nordpol-Expedition übertragen werden soll.

Petersburg, 30. November. Wie der „Regierungsanzeiger“ meldet, ist der Kaiser mit der Großfürstin Maria gestern Nachmittag um 1 Uhr von Livadia nach Simferopol abgereist, von wo aus um 9 Uhr Abends die Weiterreise nach Petersburg erfolgte.

Konstantinopel, 30. November. Ein Telegramm der „Times“ aus Konstantinopel vom gestrigen Tage meldet, obgleich die Porte auf ihre Sonderrechte den Donauprinzenthümer gegenüber nicht verzichten würde, so stehe doch betreffs der von Rumänien intendirten Verträge in Folge der guten Dienste Englands bei den beteiligten Geschwächten eine befriedigende Lösung zu erwarten.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung.

Berlin, 30. November, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates Fürst Bismarck, Delbrück, Geh. Rath Herzog u. a.

Die erste Beratung des Landesbaushalte-Etats für Elsaß-Lothringen auf das Jahr 1875 in Verbindung mit der Anleihe wird fortgesetzt. (Abg. Winterer (Pfarrer in Mülhausen): Die Verbindung des Etats mit einer Anleihe weist sofort auf die frappante Thatsache hin, daß eines der ergiebigsten Länder und zugleich ein schuldenfreies eine Schuld aufnehmen soll für Ausgaben, zu denen es nichts zu sagen hat. Der Etat selbst ist im Geheimer ausgearbeitet; der zukünftige Landesausschuh ist ebenfalls mit einer entwiedenen Vorliebe für geheimes Verfahren projektiert — man gestatte uns Ultramontanen eine Zeitung herauszugeben und wir werden der Verwaltung für ihre Verfütterungen, ihr Thun und Lassen möglichst zur Offenlichkeit verbahlen. Als Hauptmotiv der Anleihe werden Ausgaben dargestellt, die aus der Zusatzkonvention vom 1. Dezember 1871 entstanden sind. Ich kann kaum begreifen, wie solche Ausgaben jetzt erst, nachdem die gemischte Kommission am 22. Dezember 1872 und 6. September 1873 ihre zwei Hauptliquationen abgeschlossen hat, jetzt erst erscheinen. Die Verwaltung von Elsaß-Lothringen hat aber anderen Ausgaben den Vorzug gegeben, die nicht gerade zu ökonomischen, sondern zu politischen Zwecken, nicht sowohl im Interesse der Reichslande, als vielmehr der Reichspolitik unternommen sind. Unser Budget ist berechnet vom Standpunkte der Reichspolitik, und von dieser Erfüllung wird es auch nicht durch die Tafse bestreit werden, die es jetzt in seinem vierten Jahre durch das Parlament erhalten soll. Man beruft sich auf verschiedene Ausgaben, die man zu leichter gehabt hätte. Nach dem Abschluß der gemischten Kommission vom 22. Dez. 1872 mußte Deutschland an Frankreich zahlen 6,659,000 Fr., allein die Franzosen hatten 17,159,000 Fr. zu zahlen; nach dem Abschluß vom 6. Sept. 1873 hatte Deutschland eine Verpflichtung von 5,233,000 Fr. Frankreich eine solche von 8,133,000 Fr. Es ist mir nicht klar, wie es sich da mit Ausgaben von Seiten Deutschlands stellt. Dann werden die Ausgaben für die Kinderpest angeführt; die Motive selbst aber sagen, die Kinderpest sei unmittelbar im Gefolge des Krieges und noch während des Krieges selbst gekommen; die Verstörung der Straßen, für deren Verbefestigung ebenfalls Ausgaben gefordert werden, ist ebenfalls eine Folge des Krieges und man hätte also lieber eine Kriegsschädigung an die Reichslande zahlen, als für sie eine Anleihe aufzunehmen sollen. Aber nein, die ruinirten Straßen mußten von den Gemeinden verbessert werden. Was die straßburgische Universität angeht, so bin ich mit der überwiegenden Mehrzahl der Elsaß-Lothringen der Ansicht, daß es damit nicht solche Eile gehabt hätte. Aber die Universität ist nicht im Interesse der Reichslande, sondern im Interesse der Reichspolitik gegründet worden; sie sollte zur Germanisierung beitragen und ein Volkswort in dem sogenannten Kulturland bilden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Zahl der Schüler aus dem Reichslande ist auch eine sehr geringe. Dann hat man Ausgaben gebahnt zur Beschaffung von Dienstgebäuden. Waren denn die nicht auch schon zur Zeit der Annexionsvorhanden? Und wenn sie nicht vorhanden, konnte man dann mit ihrer Beschaffung nicht bis zu gelegenerer Zeit warten, und erst später Ausgaben befriedigen? Die Motive sagen, eine Ermäßigung der Ausgaben sei nicht thunlich gewesen; das bestreite ich. Die Veräußerung von Domänen sei schwimer, als eine Anleihe. Dem kann ich nur zustimmen; denn eine Schuld muß man früher oder später

bezahlen, verkauft Domänen aber pflegen in heutiger Zeit nicht wiederzukommen. Die Erhöhung der Steuern würde unbequem werden, das ist allerdings richtig. Die Staatssteuern sind zwar nicht erheblich gestiegen, desto mehr aber die Bezirks- und Gemeindesteuern. Der Etat für Mülhausen wies kurz vor dem Kriege nach Staatssteuern 685,871 Francs, an Bezirkssteuern 173,817 Francs, an Gemeindesteuern 187,315 Francs auf; der Etat für 1874 dagegen an Staatssteuern 716,000 Francs, an Bezirkssteuern 207,967 Francs, an Gemeindesteuern 348,000 Francs. Die Vermehrung der Bezirks- und Gemeindesteuern ist besonders dadurch entstanden, daß die Verwaltungslasten, welche dem Staate zufielen, auf die Kommunen zu übertragen verstanden hat. Der Abgeordnete Braun hat uns die Industrie des Elsaß als blühend geschildert, er sehe sich aber die lange Liste der Fallimente an und höre die Industriellen im Elsaß selbst, dann wird er vielleicht anderer Meinung sein. Wenn das so fortgeht, sage mir fürstlich einer der ersten Industriellen Mülhausen, dann weiß ich nicht, was in zehn Jahren aus dem industriellen Mülhausen werden soll.“ Der Geh. Rath Braun hat uns die Industrie des Elsaß als blühend geschildert, er sehe sich aber die lange Liste der Fallimente an und höre die Industriellen im Elsaß selbst, dann wird er vielleicht anderer Meinung sein. Wenn das so fortgeht, sage mir fürstlich einer der ersten Industriellen Mülhausen, dann weiß ich nicht, was in zehn Jahren aus dem industriellen Mülhausen werden soll.“ Der Geh. Rath Herzog hat uns zum Trost auf Baden verwiesen, aber Baden ist ein schwer verschuldetes Land und es als Wüsterstaat aufzuheben ist eben Geschmacklos. (Heiterkeit.) Ich behaupte, daß eine bedeutende Ermäßigung der fortlaufenden Ausgaben möglich wäre, wenn man die tendenziösen Ausgaben nicht so hoch auswürfe. Man könnte z. B. den Dispositionsfonds des Oberpräsidenten ermächtigen, der häufigstlich für Polizeizwecke bestimmt ist. Wo zu noch außerordentliche Polizeizwecke bestimmt ist. Wo zu noch außerordentliche Polizeizwecke bestimmt ist. Ferner haben wir neben den alten Präfekten, die man jetzt Präsidenten nennt, noch die Kreisordnung mit 20 Kreisdirektoren, die uns eine ungeheure Summe kosten. Ebenso sind für die Verwaltungen der direkten Steuern und der Zölle u. w. grobe Summen in den Etat eingefüllt. Man sollte aber die bei diesen Verwaltungen angestellten Beamten hinsichtlich ihrer Moralität prüfen; der Herr Bundeskommissar weiß jedenfalls viel besser als ich die Zahl derjenigen Beamten, die ihr Amt unter veraltet haben, die vor Gericht gezogen oder mit den Kassen davon gelaufen sind. Eine fernere Ermäßigung wäre möglich bei dem Budget des öffentlichen Unterrichts. (Bewegung links.) Auf diesem Gebiete ist das Geld des Elsaß nach meiner Überzeugung vergeblich worden. (Lebhafte Widerrede sprach.) Der Unterricht ist dadurch nicht gehoben, sondern das Elsaß hat mit seinem schweren Gelde ein Fortbildungswerk der schlimmsten Art bezahlen müssen. In meinem Wahlaufruf habe ich diese Frage betont und 20,000 Wähler haben mir bestätigt. Man hat dem Lande im Interesse des Kulturfamtes Anstalten aufgezwungen, die ihm zuwider sind. Warum hat man die lösterlichen Anstalten aufgehoben, die dem Lande nichts oder wenig kosteten? (Lebhafte Bewegung. Ruf: Jesuiten!) Nein, es waren keine Jesuiten. Der Abg. Duxer hat in Aussicht gestellt, daß man noch energischer in dieser Beziehung vorgehen werde. (Sehr richtig! links.) Die Herren von der Fortschrittspartei sind Männer der Freiheit, ich weiß nicht, was man hier zu Lande unter Freiheit versteht (Heiterkeit); im Elsaß versteht man darunter den Schutz des Rechtes des einzelnen Menschen, des Rechtes der Familie, den Annahmen des Staates gegenüber. (Beifall im Zentrum.) Wir verstehen darunter etwas mehr als bloß Stimmzettel in die Urne zu legen, wir erkennen darin größere Rechte und vor allem das Recht der Erziehung seiner Kinder. (Große Heiterkeit. Beifall im Zentrum.) Wenn das Prinzip der Majorität dieses des Neuen gilt, dann mag es auch jenseits gelten, eine Verwirrung von hier weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. (Beifall im Zentrum.) Man hätte uns versöhnen sollen mit den Wandervorlehrern, mit dem Acker- und Wiesenbaulehern, wenigstens so lange, bis die Herren wissen, wie es mit dem Acker- und Wiesenbau im Elsaß steht. Ebenso könnte man die Kosten des Bezirkstags-Ausschusses streichen. Vor dem Erlass vom 29. Oktober und nach demselben kennen wir nur die Diktatur; vorher war es eine offene Diktatur, jetzt versteckt sich dieselbe hinter. 30 Elsaß-Lothringen, so viel sich eben eine so kolossale Gestalt verborgen kann. (Heiterkeit.) Die Vorlage über die Anleihe soll das Außerordentliche und Überraschende schaffen, daß ein Weise, das nicht existiert, schon Schulden machen soll. Wenn man also den berühmten Satz des Kartesius: „cogito, ergo sum“, verändern könnte in „debo, ergo sum“, ich habe Schulden, also existiere ich, dann würde das Elsaß wissen, daß es existiert. (Große Heiterkeit.) Das der Reichstag für Elsaß-Lothringen seine Anleihe bestätigen kann, dafür habe ich einen Beleg anzuführen, der bei der Majorität gewißlich sein wird. Im Jahre 1871 sagte dieser Beleg, daß dem Reichstage nicht das Recht beiwohnen könne, für Elsaß-Lothringen eine Schule zu kontrahieren, wenn es nicht selbst gefragt wäre. Dieser Redner war der Fürst Reichslandes. (Hört! hört! im Zentrum.) Damit bin ich vollkommen einverstanden und erhebe deshalb sowohl im Namen meiner Kommittenten, als auch meiner Kollegen einen lauten und entschiedenen Protest gegen die Aufnahme der beantragten Anleihe. Wenn Elsaß eine Schule auf sich nehmen soll, dann soll man es erst fragen. (Beifall im Zentrum.)

Fürst Bismarck: Ich halte es nicht für angemessen, auf die Einzelheiten in der Rede des Vorredners und seines engeren Landmannes von der letzten Debatte einzugehen, weil die Standpunkte, auf denen wir uns befinden, zu inkonsistent und unvereinbar sind. Ich weiß nicht, was man hier unter Freiheit versteht; im Elsaß versteht man darunter den Schutz des Rechtes des einzelnen Menschen, des Rechtes der Familie, den Annahmen des Staates gegenüber. (Beifall im Zentrum.) Der Redner hat dieses Inkonsistenz seines Standpunktes dadurch am Schärfsten gezeigt, indem er uns vorwarf, daß wir bei Anlegung der Universität Straßburg das Reichsinteresse und nicht die Elsaß-Lothringische Interessen im Auge gehabt. Meine Herren! Ich kann nur Reichsinteressen verfolgen und ich hoffe, daß die Elsaß-Lothringen mit der Zeit noch dahin kommen, daß sie das Reichsinteresse mit dem Elsaß-Lothringens für vereinbar erklären. Bisher sind sie nicht auf diesem Standpunkt und deshalb ist eine Diskussion über diese Dinge ziemlich unfruchtbare. Ja, meine Herren, wir haben die Universität im Interesse des Reiches, im Interesse der Reichspolitik angelegt, wie wir denn überhaupt diese ganzen Landesteile im Interesse des Reiches der Reichspolitik Deutschland einverlebt haben. (Sehr richtig! links.) Das mögen sich die Herren doch verringern, bei ihrer Stellung innerhalb einer Körperschaft, die vierzig Millionen Menschen vertritt, daß sie nicht die Reichsbürgerschaften von Elsaß-Lothringen, sondern in erster Linie die Reichsinteressen verfolgt; (Beifall), daß wir die Reichslande in einem guten Kriege, in einem Vertheidigungskriege gegen Frankreich, gegen das wir uns unserer Haut wehrten, erobern haben. Nicht für Elsaß-Lothringen haben unsere Krieger ihr Blut vergossen, sondern für das deutsche Reich, für seine Einheit und den Schutz seiner Grenzen, damit die Franzosen bei einem neuen Angriffskriege, den Gott noch lange hinauszögern möge, den sie aber doch planen, nicht die Möglichkeit haben, durch die Ausfallsthore von Weissenburg und Straßburg in das Reich

einzufallen. Im Reichsinteresse und nicht im Interesse des Elsaßes haben wir diese Herren in unseren Schoß hier aufgenommen und sie an den Wohlthaten der Reichsverfassung Theil nehmen lassen. Nicht um Ihre Willen, m. H., wir können ohne Sie leben hier! (Heiterkeit), sondern damit wir bei der entschieden abgeneigten Kritik, die Sie an unsere Verwaltung legen, in den Verhandlungen hier, denen das ganze Land mit lebhafter Theilnahme folgt, etwaige Mängel dieser Verwaltung zu erkennen im Stande sind. Ich selbst bin ja den Herren sehr dankbar für Vieles, was sie hier vorbringen, und fühle mich getroffen. Wir sind eben Menschen und können nichts Anderes als Menschliches leisten; und die Leistung wird uns durch das Widerstreben, was dort stattfindet, ja in hohem Maße erschwert, und es ist nicht leicht, die brauchbarsten und tüchtigsten Elemente unter den Beamten dort sofort dauernd und gewissermaßen auf der Bresche zu erhalten. Ich halte es also im Ganzen immer für nützlich, daß diese Herren hier sprechen und alle Schattenrechten beleuchten. Ich schäge am dem ganzen Regime der neuern Zeit nichts so sehr als die absolute Deffentlichkeit und es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben (Sehr gut!) und mügte selbst nur das gelbliche Dämmerlicht aus der Blendlaterne, mit der die Herren Vorredner uns in dieser Sache beleuchten auf ihre Schäden fallen, es ist immer besser, als daß sie unbeleuchtet bleibent, und hätte es auch nur die Folge, daß der „Fluch der hohen Meinung“, mit der die beste Verwaltung und Bürokratie sich so leicht läuft, eine Verminderung erleide. Ich bin dankbar für die schärfste Kritik, wenn sie nur sachlich bleibt — ob sie hier überall sachlich blieb, wird sich nachher ausweisen — sie wird eine jähliche Erwideration finden. Ich habe also nur betonen wollen, wir stehen auf dem Reichsinteresse, die Herren stehen theils auf dem Localinteresse, theils auf dem Interesse ihrer Vergangenheit, die sie nach Paris weist, theils auf dem Interesse einer Gegenwart, die sie nach Rom weist. (Oho! im Zentrum. Sehr gut! links.) Wir stehen auf ganz verschiedenen Standpunkten. Die Interessen von Elsaß-Lothringen und die des Reiches — davon bin ich überzeugt, schließlich zusammenfallen, wenn auch nicht dadurch, daß wir die Reichspolitik dem lokalen Bevölkerungsrecht von Elsaß-Lothringen unterordnen und daß wir unsere Reichspolitik so einrichten, wie die Herren Winterer und Simonis sie billigen oder uns vorschreiben, dabei würden wir dem Reich ein kurzes Leben geben. Ich habe, da der Redner an seine letzten Worte gerade eine an mich persönlich gerichtete Apostrophe hörte, noch einige Worte über das zu bemerken, was namentlich der Abgeordnete Dunder in der letzten Sitzung über dieses Statut des Landesausschusses aussprach. Es ist sehr richtig: ich habe vor zwei bis drei Jahren, und ich kann genauer sagen, bis zu dem Zeitpunkte, wo wir die jetzt unter uns anwesenden Abgeordneten von Elsaß-Lothringen kennen lernten, einigermaßen sanguinische Ansichten über die Möglichkeit gehabt in Elsaß-Lothringen bald ein konstitutionelles und parlamentarisches Leben groß zu ziehen. Ich will gleich nachher das Element näher kennzeichnen, welches mich da in eine Täuschung induziert hat. Nachdem wir nun die Tonart kennen gelernt haben, in der die gewählten Vertreter von Elsaß-Lothringen die Reichspolitik, die Reichsinteressen aufzufassen, habe ich — ich bin sonst nicht schüchtern in der Politik — doch ein gewisses Bangen und Bangen empfunden, ob ich dem Reich den Schritt zunehmen darf, der dahin führen kann, daß wir in Elsaß-Lothringen eine parlamentarische Institution schaffen, deren Majorität der Gelassenheit von der Gesinnung und Auffassung der Herren Abgeordneten Simonis und Winterer sein könnte. Ich glaube, daß ein solches Parlament für den europäischen Frieden eine große Gefahr in sich bergen würde. Ich vermute, daß die Wahlen demnächst anders ausfallen würden, als die jegigen ausgefallen sind, aber ich bin zu wenig gewiß, wir müssen andere Proben erst sehen. Ein Parlament, welches seine Inspirationen hauptsächlich dem französischen und römischen Interesse entnehmen würde (Unruhe und Widerspruch im Centrum. Sehr gut! links) könnte nicht bestehen, ohne einen dauernden Konflikt zwischen diesem Parlament und der Reichsregierung. Es würde eine erhebliche Aufregung in der französischen Stimmung, vielleicht in der ganzen europäischen hervorrufen und ich halte es für sehr schwer, mit einer parlamentarischen Versammlung, in welcher Ansichten wie die hier von den elßässischen Abgeordneten vertretenen die Majorität befürfen, den europäischen Frieden mit derselben Wahrscheinlichkeit auf ein Jahr und länger hinaus zu berechnen, wie es jetzt der Fall ist. Ich habe deshalb der Vorlage des Statuts gerade die Form und den Weg angewiesen, in dem es an Sie gelangte. Ich wage nicht, so gerne ich es thun würde, und die Worte, die der Abgeordnete von mir angeführt hat, zeigen ja, wie gern ich es thun würde, und wie gern ich mich früher der unbegründeten Hoffnung hingegeben, daß es möglich sein würde — aber ich wage es nicht, diese Sache in eine Form zu bringen, bei welcher der Reichstag in die Lage käme, entweder sie zu verwerfen, was vielleicht Ihrem Gefühl und selbst dem Gefühl des Abg. Dunder nicht entspräche, indem auch Sie ein Versuchsstadium gern gewähren würden, oder sie zu genehmigen und dadurch eine Institution zu schaffen, die nur durch ein Gege mit Zustimmung des Reichstages wieder aus der Welt geschafft werden könnte. Wenn sehr flagrante Dinge passirten, würden wir solche Zustimmung des Reichstages erbitten und erlangen, aber die Herren werden selbst gewiß mit mir darüber einig sein, wie schwer und unangenehm eine solche Zustimmung für eine parlamentarische Versammlung sein würde, etwas derartiges wieder aufzubauen, und ich sage, wir haben diesen Weg gewählt, damit wir, wenn wir führen, daß die Entschlossenheit und die Reiaung, die elßässischen Geschäfte mit Rücksicht auf die Zugehörigkeit des Landes zum deutschen Reich zu behandeln, noch nicht in hinreichendem Maße vorhanden, noch zu erwarten ist, namentlich die Wirkung des Schulunterrichts abwarten können, den der Vorredner so sehr iadelt, und in Bezug, auf welchen ich ihm sage, daß dies einer der Punkte ist, über den ich mit dem Herrn Abgeordneten Dunder, so viele Meinungsverschiedenheiten sonst zu meinen Bedauern vorhanden sind, vollständig einverstanden bin; wir werden höchst wahrscheinlich und sicher noch viel energetischer einzutreten müssen. (Unruhe im Centrum.) Wir glauben, daß der Schulunterricht in Elsaß-Lothringen zu den besseren in Frankreich, im Vergleich zu Deutschland aber noch immer nicht zu den guten gehört hat. Sie sehen, wohin die französische Nation unter solcher Leitung des Schulunterrichts mit der Zeit gekommen ist, so daß es sehr schwer ist, etwas Festes wieder herzustellen, indem der Zustand des öffentlichen Unterrichts und seiner Erziehungen derart ist, daß es zu leicht ist, die Bevölkerung über ihre wirklichen Interessen zu täuschen, um nicht zu sagen zu belügen, damit sie keinen sicheren und klaren Ausdruck ihrer eigenen Wünsche und Interessen in eine parlamentarische hinzubringen. Im französischen Wesen liegt ja eine sprichwörtliche Leichtgläubigkeit, von der sich die Elßässer Bevölkerung auch noch nicht losgerissen hat. Ganz frei von der Mitschuld ist die Art von Schulunterricht nicht, die bisher dort stattfand, an der sehr viele Elemente theilnahmen und Einfluß übten, die im Interesse ihrer Herrschaft und ihres Einflusses ein Interesse hatten, ich will nicht sagen an der Verdummung, aber doch daran, daß sie nicht zu klug werde. (Heiterkeit links. Unruhe im Zentrum.) Wir hatten an den Ansichten, die früher in Bezug auf eine Herstellung einer elßässischen Landesvertretung von mir vor Ihnen geäußert worden sind, durchaus fest; wenn wir dem nicht näher treten wollten, aber vorläufig näher treten, so würden wir auch dieses Statut nicht eingebrochen haben, das ja einer weiteren Ausbildung fähig ist. Ich habe zum Beispiel gar kein Bedenken gegen die Deffentlichkeit, würde aber, wenn die Lokalbehörden wesentlich dagegen hätten, mit meiner Meinung nicht durch die Wand gehen, sondern auf dieselben hören; aber ich nehme an, daß sie zulässig sein wird. Dann werden wir ja hören, ob dort wirklich elßässische und deutsche Politik oder fremdartige Tendenzen politisch getrieben wird. Ganz bestimmt werden wir aber in allen unseren Schritten in erster Linie von den Interessen und vor allen Dingen von der Sicherheit des Reichs, seines Gebiets und seiner Grenzen geleitet werden und werde ich mich, so wenig ich sonst vor einem gebotenen dreifachen Entschluß in der Politik zurückziehe, durch Vorwürfe oder durch Überredung nicht darin bestehen lassen, die Interessen des deutschen Reichs aus Gefälligkeit für solche Elßässer zu gefährden, die im Ganzen nicht zu unseren Freunden gehören, und ich werde auch da den Wünschen der Mehrheit meiner deutschen Mitbürger, so wie sie sich in der Vertretung hier im Reichstage, und

den Wünschen der deutschen Regierungen, wie sie sich im Bundesrathe austauschen, sehr gern zugänglich sein, aber verlangen Sie von mir nicht die Rolle, daß ich auf einem so brüchigen und für die Sicherheit und Ruhe des Reiches bedenklichen Boden mit einer gewissen kürmischen Eile voransdrängen soll, immer bereit bleibend, die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Da wir weiter vorschreiten können, müssen uns weitere Wahlen die Proben liefern, ob dort wirklich die Elemente dauernd die Oberhand gewinnen, die dahin streben, die Gewalt der dem deutschen Reich und der deutschen Regierung zu entziehen und wenn das der Fall sein sollte, so müssten wir erst von der Besserung des Schulunterrichts und von der heranwachsenden Generation eine Besserung der Verhältnisse erwarten, die schief und in ungünstiger Strahlensbrechung von den Wählern gesehen werden, so lange die Potenzen, die an der Freileitung und Unterdrückung der jugendlichen Intelligenz ein Interesse haben, in den Schulen dort noch wirksam sein können. Abg. v. Buttamer (Krautstadt): Die einleitenden Worte der Abg. Winterer und Simonis schienen mir eine Bürgschaft zu gewähren, daß dieselben uns ihre Theilnahme bei der Verhandlung über die Angelegenheiten ihrer Heimat nicht verweigern würden. Wenn aber Herr Simonis das Budgetrecht dem Lande ausschließlich vindiziert, und Herr Winterer gar einen förmlichen Protest dagegen einlegt, daß daß hier der Etat Elsaß-Lothringens geprüft werde, so muß ich sagen: die Herren befinden sich in einem außerordentlichen Irrthum über die Verhandlungen, unter denen einem Lande das Maß verfassungsmäßiger Freiheit verliehen werden kann, welches das Budgetrecht in sich schließt. So lange man sich in Elsaß-Lothringen nicht rücksichtslos in die Lage findet, die der Frankfurter Frieden geschaffen, so lange die meisten Blätter der reichsdeutschen Deputierten hier im Hause gleichsam als ein fortduernder Protest gegen die Einverleibung unbefestigt bleiben, so lange die Mehrheit des Landes den Standpunkt dieser Abgeordneten billigt, so lange die ultramontane Partei mit denselben Koalitionen eingeht, so lange ist auch das Ansinnen, welches Herr Simonis an dem Reichstag gerichtet hat, eine bloße Notwält, und der Reichskanzler ist ihm die rechte Antwort darauf nicht schuldig geblieben. Der Abg. Simonis wird wenigstens vergebens den englischen Staatsmann suchen, der zugibt, daß die Freiheit keine Steuern zu zahlen brauchten, bevor sie nicht ein irisches Parlament hätten. Derselbe Abg. hat dann auf den Abschluß des elßässischen Elementes von den höheren Beamtenstellen hingewiesen, aber fanden sich denn Männer im Reichslande, die färbia und gleichzeitig bereit waren, die Stellen zu bekleiden? Ein anscheinend sehr beliebter Vergleich ist ferner die Nebeneinanderstellung der französischen Biviliste und der Kosten des Reichskanzleramtes und des Oberpräsidiums in Straßburg. Aber Reichskanzleramt und Oberpräsidium repräsentieren die Generalverwaltung des Landes, und dieselbe beträgt nach dem französischen Budget von 1873 10 Millionen Frs., nicht gerechnet die Kosten der Ministerien für Unterricht, Handel, Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten. Was den von Herrn Simonis angfochtenen Dispositionsfonds betrifft, so wird man an denselben, wo die Verhältnisse noch so im Fluss sind, wie im Reichslande, nicht den strengen Maßstab normaler Zustände legen können, jedenfalls ist es aber der Herr Abgeordnete, wenn er glaubt, daß die französische Republik keinen derartigen Fonds besitzt, derselbe nimmt vielmehr einen recht erheblichen Raum in ihrem Budget ein. Die beiden Abgeordneten Simonis und Winterer haben sich aber vorzüglich hellekt über die erhebliche Steigerung der Ausgaben für das Schulwesen, und ich finde es wenigstens sehr erklärlieb, daß man in gewissen Kreisen des Elsaßes damit nicht einverstanden ist. Das französische Unterrichtsgesetz von 1850, nach welchem das Budget in Frankreich aufgestellt wird, ist nämlich das Werk eines liberal-konservativen Ministers. Es sollte in erster Reihe den Zwecken des Clerus, in zweiter den des Bonapartistismus dienen, und die liberale Partei stimmte ihm zu, eingeschichtert durch die sozialistischen Bewegungen des Jahres 1848. Es enthält die prekäre Bestimmung, daß diejenigen Gemeinden von der Verpflichtung eine öffentliche Schule zu halten entbunden sind, welche eine anderweitige Freiheit besitzen. Es war das nichts, als die Übertragung eines Theiles der Rechte, welche der Staat auf die Schule hatte, an den Clerus, und die Folge davon war das allmäßige Verschwinden der Kommunalsschulen, da die Kirche dieselben mit ihren reichen Mitteln überall ersetzte. Ich heile hier die Wirkung des Gesetzes auf Grund französischer Quellen mit. Im Jahre 1831 betrug die Zahl der französischen Kinder, welche die Primäräule besuchten 1.955.621. Im Jahre 1846 war sie unter dem Einfluß des liberalen Guizot'schen Unterrichtsgesetzes auf 3.240.436 gestiegen, 1857 dagegen beringt sie in Folge des impositionalen ergangenen Gesetzes von 1850 nur 3.850.000, es hatte also eine jährliche Zunahme von durchschnittlich nur 50.000 Köpfen, d. h. im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung ein Rückgang stattgefunden. (Hört! hört!) In zahlreichen Departements kommen auf 1000 Knaben zwischen 7 und 12 Jahren deren 450—500, und auf 1000 Mädchen gleichen Alters 600—650, welche gar keinen Unterricht genossen haben. (Hört! hört!) Ein anderer Schriftsteller, der mir zu Gehobe steht, hat ausgerechnet, daß immer auf 3 Franzosen einer kommt, der des Lesens unkundig ist. (Hört!) Im Elsaß sind die Verhältnisse etwas besser, sie genügen aber deutschen Ansprüchen noch nicht entfernt. — Ich wende mich nun zu den Steuern und erlaube mir, bezüglich der indirekten eine Vergleichung mit dem letzten Finanzjahr der französischen Verwaltung, welches vom 1. Juli 1859 bis zum 1. Juli 1870 reichte, angestellt. Damals waren die Einnahmen aus dem Enregistrement auf 13 Millionen, heute sind sie auf 10 Millionen veranschlagt; dazwischen liegt ein Nachschlag von 1½ Decimes. Der Stempel betrug 2.446.000 Fr., heute einschließlich des Wechselpfunds ca. 2.100.000; die Zeitungssteuer ist weggefallen, von den Getränken werden erhoben 7.800.000 Fr. Steuer, hente in Folge der Ermäßigung der Wein- und Brantweinsteuer nur 3.460.000. Im Ganzen hat ein Steuernachschlag von 7½ Millionen Fr. stattgefunden. (Hört!) Zugeben will ich, daß die Prebitionen ungemein hoch sind, und ich glaube, daß sich ein System der Erhebung finden wird, wonach Erbsparungen möglich sein werden. — Der Abg. Simonis klage dann über die Vermehrung der Beamten besonders in den Zweigen der Justizverwaltung. Ich erinnere ihn aber daran, daß die Minimalzahl der Richter eines französischen Appellationshofes 24 beträgt, daß also die Appellgerichte zu Colmar und Metz mit zusammen 48 Richtern besetzt waren, während heute 2 Präsidialen und 14 Appellationsgerichtsräte zu Colmar, also nur 16 Richter an ihre Stelle getreten sind. (Hört!) Richtig ist ja, daß ein Theil ihrer Geschäfte den Landgerichten zugewiesen worden ist, die Zahl der Richter an denselben hat sich jedoch nicht sehr erheblich vermehrt und andererseits ist dafür eine beträchtliche Zahl von Kriegergerichten eingezogen. Herr Simonis hatte sich bei einer früheren Gelegenheit gerade darüber beschwert — und heute findet er die Zahl der Richter zu groß! (Hört!) Obwohl die unzureichenden Besoldungen der Friedensrichter beim Eintritt der deutschen Verwaltung erheblich erhöht worden sind, so betragen doch die Kosten der Justizpflege in Elsaß-Lothringen pro Kopf der Bevölkerung nur circa 10 Sr., in Preußen aber 20 Sr., ja die Amtsgerichte der Provinz Hannover stellen sich allein um ½ höher als der gesamte Justizetat des Reichslandes. Auch die Aufhebung der Käuflichkeit der Amtmänner hat Herr Simonis angegriffen, gleich ob diese Maßregel einer unbegründeten Schrulle der deutschen Regierung in Liebe und nicht im oblicheren Interesse des Landes erfolgt wäre. Ein angesehener französischer Notar behauptet in einer Schrift, die Aufhebung der käuflichen Stellen würde allein ausreichen, den Ruhm einer Regierung zu bearbeiten, und ich glaube, man hätte diesen Schritt in Frankreich schon längst getan, wenn er mit der Finanzlage des Landes verträglich wäre. Ein Lieblingsthema der Herren ist immer der Vergleich unserer Bezirkspfadien mit der Präfekturverwaltung. Nur beziehen unsere Bezirkspfadien nicht mehr Gebalt, als die einstigen Präfekten. Der Unterschied liegt also in den Besoldungen der Präfektur- und der Regierungsräthe. Ein Präfekturkath bezog 1000 Fr. Gebalt; daraus geht schon hervor, daß die Stellung eines solchen ein Ehrenamt war. Wenn sich heute keine geeignete Kräfte finden oder etwa vorhandene die Annahme des Amtes verweigern, so bleibt nichts übrig, als sich nach berufsmöglichen Beamten umzusehen, und für 1000 Francs, d. h. 500 Thlr. ist kein Regierungsrath zu haben. (Heiterkeit!) Dennoch möchte ich der Reichsregierung bei dieser Gelegenheit verschiedene Erwägungen aus Herz legen. Es dürfte sich erstmals empfehlen, eine

andere Scheidung zwischen der Administrativjustiz und der Kompetenz der ordentlichen Gerichte vorzunehmen; nach fraglichem Rechte ist das Feld der ersten viel zu weit, und als im Jahre 1815 Thüringen Frankreichs an Bayern, resp. Preußen gelannten, wurde diese Frage durch besondere Gesetze in dem einen Lande 1817, im andern im Jahre 1818 im Sinne der deutschen Rechtsanschauungen geordnet. Zweitens könnte bei einem so kleinen Lande, wie Elsaß-Lothringen, der Geschäftsgang der drei Departemental-Verwaltungen wohl vereinfacht werden, man würde dadurch unnötige Schreiberei sparen. — Noch ein Wort über den Landesausschuß! Ich lege das Hauptgewicht auf die politische Seite der Frage, die formale Berechtigung des Schrittes interessiert nur in zweiter Reihe, ich will aber versuchen, sie nachzuweisen. Ein französisches Gesetz ermächtigt die Executive über jeden Gegenstand des öffentlichen Interesses das Gutachten der Generalräthe einzufordern. Dasselbe geschieht hier nur mit dem Unterschiede, daß die einzelnen Verhandlungen zu einem Körper vereinigt sind. Ein Gesetz von 1833 verbietet zwar den Generalräthen mit einander zu kommunizieren, eine Ungültigkeit des Schrittes wird aber erst durch den Ausspruch des Königs begründet. Wenn also das konstitutionelle Staatsrecht der Berufung des Landesausschusses nicht im Wege steht, so liegt doch der ganze Schwerpunkt der Regelung in ihrer politischen Bedeutung. — Diejenigen Elemente in Elsaß, auf welche wir in Zukunft vielleicht zuerst rechnen dürfen, haben die Idee des Landesausschusses mit Erfolg aufgenommen. Die autonomistische Partei ist sich heute allerdings noch nicht klar über ihre Ziele, manche Mitglieder dereliefen denken sich das Elsaß gerne noch als neutrales Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich, die Verhandlungen des Landesausschusses werden aber zur Klärung der Lage beitragen und die Möglichkeit der Bildung einer Partei gewähren, die den Anschluß zu Deutschland offen erklären wird, wenn einst der Ruf für Deutschland erfaßt. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Ohne auf die im Etat figurirenden Zahlen näher einzugehen, deren Prüfung am besten in der Kommission erfolgen wird, muß ich gleichwohl bemerken, daß die Ausgaben außerordentlich groß sind und ich hoffe, daß die Regierung uns befriedigende Ausschüsse über die Mehrausgaben der deutschen Verwaltung geben wird. Uebrigens bestreite ich die formelle und materielle Berechtigung des Reichstages für die Prüfung des Etats für Elsaß-Lothringen. Ich bedaure die Apostrophe, welche der Herr Reichskanzler an die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen bezüglich ihres Auftretens gerichtet hat. Wer die Verhältnisse des Reichslandes kennt, wird wissen, welcher Muth dazu gehörte, daß die Abgeordneten desselben überhaupt hier im Hause erscheinen. Wir sollten daher den Herren wahrlich freundlicher entgegenkommen. Ueberhaupt herrscht in Bezug auf Elsaß-Lothringen jetzt eine ganz andere Stimmung als früher, vielleicht deshalb weil die Kunst, neuworbene Länder zu regieren, in Berlin noch nicht recht heimisch ist. Vor Alem hätte man die lokalen Verhältnisse ausführen müssen mit den allgemeinen Interessen des Reichs, nicht aber sagen: wir haben Euch nicht Euret wegen, sondern unseretwegen erobert. Eine solche Redeweise ist nicht geeignet, die Bevölkerung des Reichslandes zu gewinnen und das ist es doch, was das Reichsinteresse in erster Linie erfordert. Was die materielle Prüfung des Etats betrifft, so scheint die Regierung selbst davon überzeugt zu sein, daß wir zu derselben nicht berechtigt sind und deshalb ist der Erlaß, betreffend den Landesausschuss, gerade am Tage unserer Zusammentritt erschienen; ob derselbe vom Morgen oder vom Abend des 29. Oktober datirt, ist für seine Rechtswirkung gleichgültig. Der Erlaß enthält eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung und deshalb hätte er uns nicht blos zur Kenntnisnahme, sondern zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden sollen. Herr Abg. Buttamer sagte, es seien die politischen Erfahrungen davon Abstand nehmen müste, dem Reichslande eine ordentliche Landesvertretung in derselben, und daß dieselben den Rebellengeist Frankreichs zu Gute kommen könnten. Ich fürchte keinen neuen Krieg mit Frankreich, wenn er nur nicht anders woher kommt. Ferner hat man über die Mangelhaftigkeit der Schulen im Elsaß geklagt und dieselbe dem Einfluß des Clerus zugeschrieben. Dieser Einfluß war aber ein sehr wohlthätiger, denn die allgemeine Bildung ist im Elsaß größer, als in der Marke Brandenburg. Wir sind unantbar, wenn wir nicht anerkennen, daß wir dem Clerus wesentlich den ganzen Aufschwung der Wissenschaft verdanken. (Heiterer Widerspruch.) Der Clerus in der berufene Lehrer des Volks und der Herr Reichskanzler wird noch einst sagen: Herr Windthorst hat doch nicht so Utrecht gehabt. (Heiterkeit.) In den letzten 25 Jahren soll der Einfluß der Geistlichen so sehr nachgelassen haben. Nun, sagt gar so dumm? (Heiterkeit.) In der That sind die Elsaß-Lothringen vollkommen befähigt, das zu leisten, was eine Vertretung eines Landes leisten soll. Ich bedaure, wenn Herr Schneegas wegen seines talklosen Auftrittes keine Rüge erhalten hat und erwarte einen befriedigenden Aufschluß hierüber von der Regierung. Was die Preisaufstände im Reichslande betrifft, so bedauere ich, daß dasselbe kein Organ besitzen darf, in welchem die öffentliche Meinung zum Ausdruck kommen kann, denn das, was die Straßburger Zeitung erklärt, können wir doch nicht als Rüge halten. Abg. Dr. Voeme: Diese Debatte leidet unter dem Mifthersteller, als handle es sich hier um die Verwaltung eines Reichsgesetzes wie Württemberg, Baden, die Mark oder Pommern, während es sich doch in Wahrheit um die Bewältigung höchst abnormaler Zustände handelt, die ein großer Krieg soeben geschaffen hat, und von die Wirkung von Einrichtungen, die unter der Zustimmung des Reichs nicht zu beweisen, nur hätte er früher ertheilen sollen. Der Reichskanzler hat ein Recht, durch die Erfahrungen mit Elsaß-Lothringen ein wenig entmündigt zu sein, aber er möge sich erinnern, daß die ersten Eindrücke die besten sind und somit an seinen ersten Vorlieben festzuhalten, denn die Grundlagen für seine ersten Eindrücke und Vorlieben bestehen fort. Die Klerikalen, die sich auf das heilige Urrecht des Familienalters, die Erziehung seiner Kinder zu leiten, gegen die allgemeine Schulplik bestehen, vergessen unter Anderem, daß ein elßässischer Bezirksrath vor dem Kriege den obligatorischen Schul-Unterricht gefordert hat. Aber die Reichslande leiden mit ganz Frankreichs wegen eines fehlerhaften Erziehungswesens, wie sie material an den Folgen des indirekten Steuersystems leiden, dieses ereignen Produktes einer engherzigen Bourgeoisie, wie die Sozialisten zu sagen pflegten. Der Redner erklärt sich geradezu verpflichtet, den Haushalt der Reichslande sehr gründlich und mit mehr Zeitraum zu der Wirkung dieser Arbeit zu prüfen, als die Reichslande bisher dem Reiche bewiesen haben, zunächst in einer Kommission, welche die Vertreter für Elsaß gewählt werden sollen, damit für die zweite Beratung im Einzelnen eine Verständigung gefunden werden kann. Eine andere Tendenz kann nur die Wirkung eines reichsfeindlichen Pessimismus auf die Nation üben.

Die erste Beratung wird geschlossen und der Etat der Reichslande nebst der Anleihe an eine Kommission von 21 Mitgliedern verweischt. Ohne Debatte wird darauf der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der Maaf- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 in Elsaß-Lothringen in erster und zweiter Beratung gezögert. Der Gesetzentwurf, betreffend die deutsche Seewarte, deren Sitz in Hamburg bleiben und die fortan ausschließlich aus Reichsmitteln bestritten werden soll, bringt zwar aus dem Säodium der ersten bis zur zweiten Beratung vor, wird aber kurz nach Beginn derselben im Interesse der Sache auf einen Antrag Lassers abgezogen, um die Kontroverse über die legale Basis und das Rechtserwerb,

nik des Institutes an der geeigneten Stelle, nämlich bei der befindenden Staatsposition, zu entscheiden. Erwähnt darf aber werden Abgeordnete von Hoverbeck den Beweis dafür, daß die Seewarte vom Reich zu übernehmen ist und ihr Beziehungsverhältnis vorläufig noch nicht näher präzisiert zu werden braucht, nicht für geführt erachtet. Dagegen giebt Abgeordnete Miquel zwar nicht diesem Zweifel Raum, hält es aber für genügend, wenn die Mittel für das Institut in den Etat aufgenommen werden; die Form eines Gesetzes ist dazu nicht erforderlich, sie mag nicht und kann nur Erleichterungen für die Zukunft schaffen, falls man einmal über das Institut anderweitig verfügen wollte. Technische Anstalten, eine Schule, ein Institut, sind genügend fundirt, wenn die Mittel für sie in den Etat aufgenommen werden, eines besonderen Gesetzes bedarf man dazu nicht. Präsident Delbrück erkennt den Werth dieser Auffassung im Allgemeinen an, aber im vorliegenden Fall handelt es sich darum der Seewarte in Hamburg und ihren an der Küste zu gründenden Filialanstalten den Charakter öffentlicher Institute zu geben, daher sei ausnahmsweise die Gesetzesform gewählt.

Von besonderem Interesse zur Sache war die Rede des Abgeordneten Moering (Hamburg): Wir haben bis jetzt im deutschen Reich nur zweierlei Institutionen für das Seewesen. Die erste sind die Navigationschulen; in ihnen wird die Kunde gelehrt, wie man ein Schiff zu führen hat, ferner zu bestimmen, an welchem Ort auf dem Ocean man sich befindet und wie man von diesem Ort, auf dem man sich befindet, zu dem nächstgelegenen Ort weiter kommt. Man kann diese Navigationschüler bezeichnen als die Taftler der See; das zweite, was wir im deutschen Reich haben, sind die hydrographischen Anstalten der kaiserlichen Marine, die man die Topographien der Oceans nennen kann, indem ihnen obliegt, die Lage der Küsten, Inseln, Untiefen u. s. w. festzustellen. Es fehlt uns noch das Mittglied zur Verbindung der Institute, die Seewarte. Diese soll herstellen die Strategie auf dem Ocean; ihre Aufgabe ist es, durch Mitteilungen ihrer und fremder Beobachtungen zu ermitteln, auf welche Weise eine Reise am schnellsten vollendet werden kann; daneben hat sie noch die Sturm-Warnung zu besorgen. Die Seewarte hat bis jetzt nur in Hamburg fungirt und den Ansprüchen nur in sehr geringem Grade entsprochen können. Es ist durchaus nothwendig, aus Reichsmitteln das Institut zu erweitern und in ein staatliches zu verwandeln. In Amerika existiert ein solches Institut seit 1845, in England seit 1851, in Holland seit 1853, in Norwegen seit 1865, in Dänemark seit 1872 und in Russland ist man dabei, ein solches zu organisieren. In Frankreich wird die Seewarte jetzt reorganisiert. In jedem Jahre hat die Seewarte in Hamburg, wenn man ein siebenjähriges Mittel annimmt, sich bilden in Verbindung gesetzt mit 73 Reedereien, an 166 Schiffe Weiterküchen vertheilt, 164 Segelanweisungen, 120 Sturmwarnsignale gegeben, in jedem Jahre 43; auf diese Signale sind dann gefolgt 16 Stürme, 15 harte Winter und 12 leichte Winter; es sind also von den 43 Sturmwarnungen % eingetroffen und haben sich bewährt. Nun ist die Einrichtung der Seewarte bis jetzt noch eine so unvollkommene, daß es ihr nicht möglich ist, diese Signale mit der wünschenswerthen Sicherheit zu geben. Die erste deutsche Seewarte kann nach meiner Überzeugung nirgends wo anders untergebracht werden, als bei der kaiserlichen Admiralität und ich würde event. einem dahin gehenden Amendment zustimmen. Ich glaube also für heute im Ganzen damit schließen zu können, daß ich Ihnen empfehle, daß Gesetz über die Seewarte, wie es Ihnen vorliegt, anzunehmen.

Die Sache selbst wird, wie oben erwähnt wurde, bei der Etatsberatung zum Austrag kommen. Für heute blieb das Schicksal des Gesetzentwurfs unentschieden.

Es folgt die dritte Berathung des berner Postvertrages. Abg. Schmidt (Stettin) vermitteilt eine genauere Bestimmung darüber, ob mehrere Inseln und andere Ländereinkomplexe, wie z. B. die Faroer-Inseln, Island Kanada u. s. w. ebenfalls in den Vertrag eingeschlossen seien, worauf der General-Postdirektor Stephan dies bejaht, indem er den Artikel 29 des vereinbarten Reglements verliest, worin diese Inseln u. s. w. ausdrücklich dem Hauptlande beigezählt sind. Der Vertrag wird darauf unverändert in dritter Lesung definitiv genehmigt.

Schluss gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Marine- und Marine-Etat; ferner die Etats des Reichstags, des Reichsgerichts, des Reichsfinanzministeriums, des auswärtigen Amtes u. s. w.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 30. November.

Der Kaiser und König hat bestimmt, daß in Zukunft bei Neilen, wenn die Spitzen der Behörden einer Garnison zum Empfange Sr. Majestät beföhnen worden sind, stets sämtliche Generale dieser Garnison zum Empfange erscheinen sollen.

Eine nachahmungswerte Fürsorge für das ländliche Wohl der unteren Beamten der Reichs-Post-Berwaltung läßt sich der thätige General-Post-Direktor Dr. Stephan, in anerkennenswerther Weise angelegen sein. Derselbe versucht in dieser Beziehung in einer planvollen und praktischen Weise, die anderen Behörden unzweckhaft zur Nachahmung dienen kann. Die Post-Spar- und Kredit-Vereine haben dazu geführt, den Beamten, der in plötzliche Not gerath, den Händen der Wucherer fern zu halten und ihm eine sofortige Hilfe zu gewähren. Diese Vereine, welche in jedem Ober-Post-Direktionsbezirk vorhanden sind, vermittelnd des ferneren nicht nur die Anschaffung von Uniformstücken, Zubehör für die Beamten, sondern auch die Anschaffung aller möglichen Haushaltssachen, Waschgegenstände, Möbeln, Büchern und Kartensachen. In neuerer Zeit werden sogar Verbündete gemacht mit Post-Konsumentvereinen in größeren Städten.

Der vielberufene industrielle Pastor Quistorp aus Düsseldorf macht wieder einmal von sich reden. In seiner Eigenschaft als Ordner der deutschen Gesellschaft der Sonntags- und Arbeiterfreunde und als Schriftführer des deutschen Schutz- und Trutzvereines hat er unter 18. November nicht bloß an den Bundesrat und an den Reichstag, sondern gleichzeitig auch an den deutschen Kaiser, an alle regierenden Fürsten Deutschlands, an den deutschen Kronprinzen, an die Senate der Hansestädte und an den Fürsten Reichskanzler eine Petition gerichtet, des Inhalts, der Kaiser und die Fürsten mögen alle Behörden und Beamten anweisen, sich selber einmal die Wohlthat und den Segen des von Gott gesegneten Sonntag-Ruhetages zu gönnen, andererseits aber denselben die strengste Handhabung des Sonntags-Gesetzes und die Abschaffung bestehender Missbräuche auf diesem Gebiete von Neuem einzörfen und befehlen. Vornehmlich hat Dr. Quistorp diesmal die Fabrikarbeiter, die Briefträger und die Eisenbahnamt in seinen Schutz genommen. — Abdrücken der Petition erfolgten auf dem Lande, und weiß Dr. Quistorp die Interessenten an, bei Sammlung der Unterschriften die Bogen recht reihlich zu halten, aber — fragt er schließlich hinzu — lieber auf jedem Bogen 100 Namen mit 100 Klezen, als 3 Namen ohne Kleze.

Aachen, 27. November. Nachdem die Bürgermeisterwahl in Düsseldorf erledigt ist, scheint die jüngst in Aachen erfolgte Wahl eines Bürgermeisters die Aufmerksamkeit auf sich ziehen zu wollen. Mit 16 Stimmen haben die ultramontanen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung geschlossen gegen die eben so geschlossenen 13 liberalen Stimmen den bisherigen Landrat des Kreises Heinsberg, Janssen, zum ersten Bürgermeister gewählt. Dem „Hann. Cour.“ schreibt man, daß hier eine ultramontane Parteiwahl vorliege; nur sei man bei der Auswahl der Persönlichkeit so vorsichtig gewesen, daß es schwer sei, die Tendenz genau festzustellen. Das Landrat Janssen, heißt es weiter, seiner Gesinnung nach der ultramontanen Partei anhört, bezweifelt Niemand, der die Verhältnisse, insbesondere seine verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu den begü-

tersten Familien ultramontaner Richtung in Aachen kennt. Dabei ist er aber in seinem Amt niels gesellschaftlich bemüht gewesen, seine gesamtstaatliche Dienstwilligkeit an den Tag zu legen. Bei den Neuwahlen von 1867 wurde er von seinem heimischen Wahlkreise ins Abgeordnetenhaus gewählt; er gehörte der damals zahlreichen Gruppe von Abgeordneten aus der Rheinprovinz an, welche mit ultramontaner Hilfe liberale Abgeordnete verdrängten, aber sich der damals in kirchenpolitischer Beziehung indifferenten freikonservativen Fraktion anschlossen, weil die ultramontane Partei die Zeit noch nicht für gekommen hielt, unter eigener Fahne mit voller Macht wieder aufzutreten. Als dies 1870 geschah, fiel sofort die größere Zahl jener gesamtstaatlich-konservativen Staatsmänner aus und wurde durch ultramontane Kandidaten ersetzt. In seiner parlamentarischen Laufbahn hat Landrat Janssen seinen Konservatismus mehrfach mit Eifer bekundet. Sobald die preußische Regierung ansaß, Stellung in der Kirchenfrage zu nehmen, wurde es dem Landrat Janssen unheimlich in seinem parlamentarischen Berufe. Vor der Verhandlung über das Schulauflösungsgesetz ließ er sich rechtzeitig beurlauben. Bei der Frage der Schulabstimmung entfernte er sich vor der Abstimmung. Als endlich die späteren Maigesetze eingebrochen waren, legte er plötzlich sein Mandat nieder. Wenn die Staatsregierung selbst bei der einstimmig von allen Parteien getroffenen Wiederwahl des Oberbürgermeisters Hammers die Bestätigung nur nach sorgfältigster Erwägung eintreten ließ, so hätte sie um so mehr Grund, bei der Prüfung der Aachener Wahl vorsichtig zu sein, als dieselbe, wie bemerkt, nur mit ganz geringer Majorität zu Stande gekommen ist.

Wien, 28. Novbr. Wie es scheint, wird die Reichsrathssession, um endlich Ordnung in die Thätigkeit der verschiedenen Vertretungskörper zu bringen, früher als anfangs in Aussicht genommen worden, längstens im Beginn des Monats Februar geschlossen werden und würden dann noch vor Ostern die Delegationen einen tagen und unmittelbar nach dem Osterfest die Landtage sich versammeln. Es werden, um diese Ordnung einhalten zu können, im Reichsriegsministerium die Vorarbeiten für das gemeinsame Budget in jeder Weise beschleunigt. — In Ungarn steht wieder eine Krise bevor, über welche der „Boss. B.“ Folgendes geschrieben wird:

Der alte Ghyz, der mit seinem guten Willen, seinem guten Rufe und seiner veralteten Sparmethode, ein weiter Curtius, in den Abgrund der ungarischen Finanzwirtschaft hinabgesunken, hat sich und seine Zukunft ergebnislos damit kompromittiert. Seine Steuervorschläge und seine Reformprojekte fanden nicht Gnade vor den Augen der parlamentarischen Parteien des Landes und die Berathung im Finanzausschuß des Bester Reichstages genügte, um die Unzulänglichkeit der von ihm vorgeschlagenen Mittel Federmann zum Beweis hin zu bringen. Diesen Augiaßfall zu reinigen, ist Ghyz schlechterdings nicht der Mann. Die Deutselpartei sieht ihren moralischen Bankerott als unvermeidlich vor Augen und immer drohender erhönen die Stimmen, welche, wie der Hirsch nach frischem Wasser, nach einer neuen Partei-Organisation, nach einem neuen Partei-Programm schreien. Aber mit den Programmen ist es in dieser Finanznot nicht mehr gethan. Schön sieht man die einzige Rettung in einer Koalition des Chefs des linken Zentrums, Coloman Tisza, welcher den Ausgleich mit Österreich nur bedingungsweise anerkennt, mit dem Neo-Deutschland, Paulsen, welcher vor noch nicht gar langer Zeit den Ultrakonservativen angehört und den man nicht selten sogar ultramontaner Neigungen, als „Jesuit im Frack“ bezeichneten hört. Die Koalition beider praktisch erfahrenen, nicht unbedeutenden Männer, gilt als letztes Rettungsmittel, um überhaupt ein parlamentarisches Kabinett noch zu Stande zu bringen. Aber freilich trüte sicher Jeder dieser beiden Koryphäen nur mit dem Hintergedanken in ein solches Koalitions-Ministerium ein, den Andern bei erster Gelegenheit hinaus zu holen. Das sind wenig lachende Aussichten. Und dabei gewinnt die Ansicht immer mehr Anhänger, daß man in Ungarn total außer Stande sei, die Quote von etwa 70 Millionen für jetzt und die nächste Zukunft aufzubringen, welche man als jährliche Beisteuer zu den „gemeinsamen Ausgaben“ aufzubringen hat. Von einem Staatsbankerott mag allerdings die magyarische „Ritterlichkeit“ nichts hören, dafür aber möchte man die jährlichen Beitragszahlungen an den gemeinsamen Reichsfinanzminister vorläufig vielleicht um Zweidrittel des Betrages reduzieren und die betreffenden Quoten einfach, bis auf bessere Zeiten schuldig bleiben, es dem Reich überlassen, durch eine Kapitalisierung dieser Summe, im Wege einer gemeinsamen Anleihe, jene Gelder zu beschaffen, die man ungarischerseits gegenwärtig fortzuzahlen sich außer Stande fühlt. Damit wäre zunächst Zeit gewonnen und in vielleicht fünf oder sechs Jahren, wenn sich die Verhältnisse konsolidiert, könnte man dann die alten vertragsmäßigen Beitragsquoten wieder in früherer Weise zahlen und ebenso auch die Nachzahlung für die also gefundene Beträge durch Amortisierung der Nothanleihe leisten. Dieser Plan spult bereits in einzelnen ungarischen Köpfen und es sollte mich nicht wundern, wenn derselbe über kurz oder lang in dieser Art publizistisch und parlamentarisch an die Öffentlichkeit trate.

Rom, 28. November. Die „Opinione“ schreibt über die jüngst in mitgetheilte Thronrede des Königs von Italien:

Wenn die Worte unseres erhabenen Monarchen dieses Jahr keine großen nationalen Ereignisse zu verhindern hatten, so geschah es, weil die berioische Epoche unserer nationalen Wiedergeburt geschlossen und die Zeit gekommen ist, in welcher wir unser politisches Gebäude ausbauen müssen, indem wir unsere Finanzen regeln und die Staatsverwaltung verbessern; eine Periode ruhiger, leidenschaftsloser Analyse, welche vor Allem die Aufgabe hat, das Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts herzustellen, ohne neue Steuern aufzulegen, und Verbesserungen in der Staatsverwaltung einzuführen. Das sind die Grundideen der Thronrede, womit Seine Majestät der König gestern das Parlament eröffnet hat, und seine Worte werden als der Ausdruck unserer heutigen Bedürfnisse aufgenommen werden. Das italienische Volk ist seinem Könige gefolgt, als er auf den Schlachtfeldern an der Spitze des Heeres für die Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes kämpfte, und es folgt ihm auch heute auf dem zwar bescheideneren, aber darum nicht minder mühevollen Pfade, wo es gilt, das Werk der Reorganisation unseres Staates zu vollenden."

Lokales und Provinzielles.

Böhmen, 1. Dezember.

1. Im naturwissenschaftlichen Verein begann am Donnerstag in der Aula der Realsschule der Cyrus der 6 öffentlichen Vorträge für das Winterhalbjahr 1874/75 mit dem Vortrage des Ingenieurs E. Mayer über „die Küsten und das Innere von Java“. Es wurde in lebhafter Weise die Natur der Insel Java, auf welcher der Vortragende mehrere Jahre gelebt, geschildert und die Produkte der Natur und der Kultur, sowie die Lebensweise der Eingeborenen und der Europäer beschrieben. — Den nächsten Vortrag hält Dr. Liedtke (Direktor der Besta) am 10. Dezember über den „Geldwert des Menschen“.

Die Handelskammer wird in ihrer heutigen Sitzung über Anträge betreffend: die Erweiterung der Zahl der Börsenversammlungstage, die Aufnahme der Station Böhmen in den Westdeutschen Eisenbahn-Verband für Transport von Spiritus u. c., die Änderung des § 3 des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer, verhandeln und demnächst mit Feststellung des Etats, Festsetzung der Handelskammer-

beiträge und Börsen-Eintrittsgelder, sowie mit Ernung der Börsenkommisare pro 1875 sich beschäftigen.

— **Posen-Kreuzburger Bahn.** In der am Sonnabend in Berlin abgehaltenen General-Versammlung der Unionare der Posen-Kreuzburger Eisenbahn wurde ein Baubericht vorgelegt, der befriedigende Mittheilungen über den Stand des Unternehmens gab. Bei den darauf folgenden Wahlen wurden der „Börs.-Bta.“ zufolge die statutenmäßig ausschließenden vier Mitglieder des Aussichtsraths wieder und für drei vakante Stellen die Herren Sadricher a. D. Berger, Regierungsrath Wulfsheim und Rittergutsbesitzer Klenfer neu zu Aussichtsräthen gewählt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Angekommene fremde vom 1. Dezember.

STERNS HOTEL DE EUROPE. Bausührer Scholz a. Glogau, Kaufmann Löffler a. Magdeburg, Rittergutsbes. v. Jaraczewski aus Jaraczewo, die Gutsbesitzer Schuman a. Schönlanke u. Muffoli aus Powidz.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbes. Griebel u. Frau a. Papazian, Schoen a. Tarnowo, Bayer a. Gollenczewo, Werther a. Maffelwitz, Gutspächter Koch a. Stolp, Frau v. Zychlinska a. Schlesien, die Kaufleute Rapp a. Berlin, Adler a. Hamburg, Häuser a. Breslau, Hammer a. Berlin, Sieg a. Plauen, Birnholz u. Kaschka a. Berlin, Gitz a. Leipzig, Benjamin a. Breslau, die Maschinenbauer Bouček u. Löffel a. Landsberg a. B.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Reich a. Samter, Biemont a. Schrimm, Israel a. Ruzlany, Frau Lövi a. Wongrowitz, Goldinski a. Tierscize, Brinn aus Vilnius, Löffler, Gebr. Krone, Gosliner u. Graupe a. Rogasen, Cohn u. Radzicewski a. Breslau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Lieutenant Wiedner aus Posen, die Kaufleute Habermann a. Berlin, A. Wruck a. Czernikau, G. Bemmer aus Tilschen und Wenzel a. Iwno, Fabrikant Meyer aus Harzgerode.

LACHMANN'S GASTHOF IM EICHEN BORN. Die Kaufleute Fuchs a. Kłodzko, Goldmann a. Gostyn, Rubinstein a. Lublin, Nies a. Rawicz u. Wendeljohann sen. u. jun. und Frau Swarzenska a. Nowy Dwór, Handelsmann Ehrenberg a. Warschau.

HOTEL DE PARIS. Die Kaufleute Eigner a. Obryca, Gebr. Böls a. Breslau, Neufeld a. Gnesen, Kunkel aus Posen, Blaichel aus Schwedens, Schiffseigen tümer Apel a. Bromberg, Ingenieur Tomaszewski a. Breslau, Direktor Majewski aus Niechanow, Oberinspektor Anders a. Krzeszów.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Baron v. Winterfeld aus Przeponowo, Rüssel aus Labischyn, Frau v. Gersdorff und Sohn aus Bauchwitz, Wirth aus Friedrichsfelde, Landschaftsdirektor v. Roh aus Bierkaczano, Oberamtmann Beyning aus Mur, Goślin, Baroness v. Massenbach aus Orlow, die Kaufleute Jakob, Müller, Runge und Schmidt aus Berlin, Ladendorf aus Bielefeld und Wilhelm aus Bremen.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 30. Novbr. Nachmittags. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pcf. pr. November und pr. November-Dezember 18 1/4, pr. April-Mai 57 Mt. — Pf. Weizen pr. Nov. 63. Roggen pr. November 53, pr. Novbr.-Dezember 51 1/2, pr. April-Mai 148 Mt. Rüböl pr. Nov.-Dezbr. 17 1/2, pr. April-Mai 56 Mt., pr. Mai-Juni 57 Mt. — Weizen: Schön.

Bremen, 30. November. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mt. 15 Pf. Matt.

Hamburg, 30. November. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loto fest, beide auf Termine rubig. Weizen 126-pfd. pr. November 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 190 B., 189 G. Roggen pr. November 1000 Kilo netto 163 B., 162 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 163 Br., 162 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 160 B., 159 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 153 Br., 152 G. Hafer fest. Rüböl rubig. Rüböl matt, loco u. pr. November 56, pr. Mai pr. 200 Bd. 57%. Spiritus fest, pr. November u. pr. Dezember-Januar 46, pr. März-April u. pr. April-Mai pr. 100 B. 100 pcf. 46%. Kaffee sehr matt, Uml. gering — Sad. Petroleum matter, Standard white loco 10 B., 9, 90 G., pr. November 9, 90 G., pr. Dezember 9, 90 Gd., pr. Januar-März 10, 25 Gd. — Wetter: Regen.

Köln, 30. November, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Wetter Gel. Weizen bebt, biefiger loto 6, 25, fremder loto 6, 20, pr. November 6, 15, pr. März 18 Mt. 90 Pf., pr. Mai 18 Mt. 90 Pf. Roggen fester, biefiger loto 6, 7 1/2, pr. November 5, 8, pr. März 15 Mt. 10 Pf., pr. Mai 14 Mt. 85 Pf. Hafer pr. März 18 Mt. 35 Pf., pr. Mai 18 Mt. 10 Pf. Rüböl still, loto 9 1/2, pr. Mai 31 Mt. 10 Pf.

London, 30. November, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen schleppend, 1 Sh. höher, Mehl rubig, Frühjahrsgetreide sehr fest. — Wetter: Trübe.

London, 30. November, Vormittags. Die Getreidezufuhren vom 21. bis zum 27. November betrugen: Englischer Weizen 6645, fremder 39,693, englischer Gerste 2983, fremder 13843, englische Malzgerste 18,144, englischer Hafer 887, fremder 66,369 Orts. Englisches Mehl 20,731 Sac, fremder 2800 Sac und 12308 Fäss. Englisch Mehl 8%, middl. fair Dohlerah 4%, good middling Dohlerah 4 1/2, middl. Dohlerah 3 1/2, fair Bengal 4%, fair Broach 5%, new fair Domra 5%, good fair Domra 5%, fair Madras 5, fair Pernam 6, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2.

Upland nicht unter good ordinary November-Dezember-Befüllung — d. Januar-März-Befüllung 7%, Upland nicht unter low middling Februar-März-Lieferung —, März-Liefer

Berlin, 30. Novbr. Wind: S. Barometer 27, 11. Thermometer früh - 1° R. Witterung: bedeckt.
Roggens hat im Beginn der Börse eine sehr matte Haltung beobachtet; die restlichen Engagements auf Novbr. wurden unter einer Kündigung von 28,000 Cr. zu nachgebenden Preisen erledigt. Das Effektivgeschäft blieb schwierig. Gekündigt 2000 Cr. Kündigungspreis 52½ Rl. per 1000 Kilogr. — Roggenmehl matt. Gekündigt 6000 Cr. Kündigungspreis 7 Rl. 24½ Sgr. per 100 Kilogr. — Weizen anfänglich total verlassen, wurde fest, als mäfiger Begehrung einstellte. Gekündigt 2000 Cr. Kündigungspreis 61 Rl. per 1000 Kilogr. — Haferlof matt, Novbr. durch Deckungsläufe gesteigert, alle späteren Sichten niedriger, aber fest zum Schluß. Gekündigt 2000 Cr. Kündigungspreis 63 Rl. per 1000 Kilogr. — Mühlb. wenig belebt, Haltung ziemlich fest. — Spiritus ohne wesentliche Änderung. Die Haltung war anfänglich fest, später wieder matt. Gekündigt 80,000 Liter. Kündigungspreis 18 Rl. 28 Sgr. per 10,000 Liter p.Ct.

Weizenlof per 1000 Kilogr. 55—70 Rl. nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 60—61 Rl. Nov.-Dez. do., Dezbr.-Jan. — Arzt-Mai 1861—187 Rm. b., Mai-Juni 1876 Rm. b., — Roggenlof per 1000 Kilogr. 52—59 Rl. nach Dual. gef., neuer russischer 51½—53 ab

Bahn b., inländ. 56—58 ab Bahn b., per diesen Monat 53—51½ b., Nov.-Dez. 51—52 b., Frühjahr 1861—14½ Rm. b., Mai-Juni —. — Gekündigte lofo per 1000 Kilogr. 51—64 Rl. nach Dual. gef., Haferlof per 1000 Kilogr. 54—66 Rl. nach Dual. gef., Ostpreußen 58—61, neuer russ. 57—59, pommer. und meckl. 61—62½, ungar. u. galiz. 55—58 ab Bahn b., per diesen Monat 66 Rl. Nov.-Dez. 59—61 b., Frühjahr 170—171 Rm. b., Mai-Juni 168—169 Rm. b., — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaren 61—64 Rl. nach Dual., Futterwaren 64—65 Rl. nach Dual. — Raps per 1000 Kilogr. — Leinöllof per 1000 Kilogr. ohne Fas. 20½ Rl. — Rübsöl per 1000 Kilogr. lofo ohne Fas. 17½ Rl. Rm. b., mit Fas. —, per diesen Monat 18½ Rl. Nov.-Dez. do., Dezbr. —, April-Mai 57 Rm. b., Mai-Juni 57—58 Rm. b., — Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Fas. lofo 8½ Rl. Rm. b., per diesen Monat 7½—10½ Rm. b., Nov.-Dez. do., Dezbr. —, Jan. —, Febr. —, März —, April-Mai —. — Spiritus per 100 Liter a 100 p.Ct. = 10,000 p.Ct. lofo ohne Fas. 18 Rl. 20 Sgr. Rm. b., per diesen Monat —, lofo mit Fas. —, per diesen Monat 18 Rl. 24 Sgr. bis 19—18 Rl. 28 Sgr. Rm. b., Nov.-Dez. 18 Rl. 21—19—21 Sgr. Rm. b., Januar-Febr. —, April-Mai 58—5—4 Rm. b., Mai-Juni 60—59½ Rm. b., Juni-Juli 61,1—60—61 Rm. b., Juli-August —.

Mehl Roggenmehl Nr. 0 9½—9 Rl. Nr. 0 u. 1 8½—8 Rl. Roggenmehl Nr. 0 8½—8½ Rl. Nr. 0 u. 1 7½—7½ Rl. per 100 Kilogr. Brutto univers. infl. Sad. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto univers. infl. Sad. per diesen Monat 7 Rl. 26—23 Sar. b., Nov.-Dez. 7 Rl. 20 Sar. b., Dezbr.-Jan. —, Jan.-Febr. 22,8 Rm. b., Febr.-März 22,6 Rm. b., April-Mai 22,2—1 Rm. b., Mai-Juni —. (B. B. 3.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
30 Novb.	Mittag. 2	44° 96	+ 50°	W 1-2 heiter. St. Ci. ob.	
30	Abends 10	44° 32	+ 27	SW 2-3 ganz heiter.	
1. Dezbr.	Morgens 6	44° 09	+ 40	S 2-3 trübe St.	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 29. Novbr. 1874 12 Uhr Mittags 0,28 Meter.

= = = = = 0,28 =

Breslau, 30. November.

Sich befriedigend.

Freiburger 103½. de. jüng. — Oberschles. 162½. R. Öster. Ufer St. A. 117½. do. do. Prioritäten 116½. Franzosen 183½. Lombarden 75%. Italiener —. Silberrente 68%. Unentlohnbar 138%. Laurahütte 134%. Oberschles. Eisenbahnbahnhof. — Österreich. Bankn. 91% Russ. Banknoten 94½%. Bresl. Mähr.-Bank —. do. Mähr.-B. B. —. Prov.-Mähr. —. Schles. Vereinsbank 92%. Österreichische Bank —. Bresl. Prov.-Wechslerb. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frauenfeld a. M., 30. Novbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.

Fest, aber unbeliebt.

[Schlusskurse.] Londoner Wechsel 119½. Pariser Wechsel 95½. Wiener Wechsel 106%. Franzosen 320%. Böhm. Westb. 207%. Lombarden 138½. Galizier 250. Elisabethbahn 201. Nordwestbahn 147%. Kreditaktien 241. Russ. Bodenkredit 20%. Russen 1872 —. Silberrente 68%. Papierrente 63%. 1860er Wechsel 106½. 1864er Wechsel —. Amerikaner de 82 97%. Deutsch-Oesterreich. —. Berliner Bautverein 84%. Frankfurter Bankverein 85. do. Wechslerbahn 83. Nationalbank 105%. Meininger Bank 97%. Hahn'sche Effektenbank 116%. Nach-Schluss der Börse: Kreditaktien 239%, Franzosen 320%, Lombarden 137½.

Berlin, 30. November. Die heutige Börse charakterisierte sich wiederum hervorragend durch eine allen Verkehrsgebieten ziemlich gleichmäßig eigene Geschäftsstätte; wie auch im gestrigen Privatverkehr das Geschäft sehr ruhig blieb und nach mattem Beginn sich erst gegen Schluss eine festere Haltung einstellte. Die heutige Geschäftsstätte resultiert namentlich aus der Reservekraft der Spekulation, die nach keiner Richtung hin sich umfangreicher zu engagieren geneigt war. In Folge des zurückhaltend aufstrebenden Angebots konnten sich trotz der allgemeinen Kauflust die Course auf spekulativem Gebiet ziemlich behaupten, da auch die Wiener Course ziemlich günstig eingetroffen waren. Die Börse kann daher, was die Stimmung anbetrifft, als unentschieden bezeichnet werden.

Der Kapitalsmarkt wies nur für inländische Anlagepapiere eine festere Haltung auf, andere Kassawerthe stellten sich dagegen vielfach

Frankfurt a. M., 30 Novbr. Abends. [Effekten-Societät]

Kreditaktien 239%, Franz. 320%, Lombarden 137%, Silberrente 68%.

Unentschieden.

Wien, 30. November. Still und gegen den Schluss wieder mehr ermattend, Renten angeboten.

Nachbörse: Auf Gerüchte von angeblichen Insolvenzen mehrerer Spekulanter sehr matt. Kreditaktien 231, 50, Franzosen 304, 50, Lombarden 130, 25, Unionbank 110, 00, Anglo-Austr. 135 00.

[Schlusskurse.] Papierrente 69, 25. Silberrente 74, 50. 1854er Wechsel 103, 00. Bankaktien 995, 00. Nordbahn 1892. Kreditaktien 232, 50. Franzosen 303, 50. Galizier 238, 25. Nordwestbahn —, 00. do. Lit. B. —, 00. London 110, 35. Paris 44, 05. Frankfurt 92, 25. Böhm. Westbahn —, 00. Kreditlofe 168, 00. 1860er Wechsel 109, 00. Lomb. Eisenbahn 130, 00. 1864er Wechsel 138, 00. Unionbank 111, 50. Anglo-Austr. 137, 00. Austro-türkische —. Napoleon 8, 91½. Dukaten 5, 25. Silberkopf 105, 25. Elisabethbahn 193, 00. Ungarische Prämieneinlage 81, 20. Preußische Banknoten 1, 63%.

Wien, 30. Novbr. Nachmitt. Kreditaktien 232, 75. Franzosen 303, 00. Galizier 238, 50. Anglo-Austr. 137, 50. Unionbank 112, 00. Nordwestbahn —, 00. Lombarden 130, 50. Papierrente 69, 40. Silberrente 74, 40. Napoleon 8 —. Weidend.

London, 23. November. Nachmittags 4 Uhr. —

Aus der Bank flossen heute 27,000 Pfd. Sterl.

Platzdistanz 4¾—4½ p.Ct.

6 p.Ct. ungar. Schatzbonds 33½.

schwächer. Der Geldstand ist als ziemlich flüssig zu bezeichnen, während der internationale Geldmarkt noch immer zu Besorgnissen Veranlassung bietet. Im Privatwechselverkehr erholt sich das Diskonto auf 4% p.Ct. für erste Devisen.

Die österreichischen Spekulationszavire verkehrten in wenig festen Haltung. Kreditaktien waren verhältnismäßig lebhaft, aber matter, Franzosen und Lombarden blieben zwar ziemlich behauptet, aber sehr stark vernachlässigt.

Die fremden Fonds und Renten waren wenig fest und still. Türken, Italiener und österreichische Renten waren matter und mäßig lebhaft; Russische Pfundanleihen, Börsenkredit, Pfandbriefe etc. ziemlich fest aber geschäftlos.

Deutsche und Preußische Staatsfonds, sowie landeshoheitliche Pfand- und Rentenbriefe hatten bei recht festem Tendenz teilweise ziemlich

Nordde. Gr. Cr. A. B. 5 66½ G

do. Tabaks-Ob. 6 98½ G

do. Pr. A. B. 4 78½ B

do. do. Aul. 70 p.Ct. 6 570 G

Öster. Pap.-Rente 4½ 63½ G

do. Silberrente 4½ 63½ G

do. 250 Rl. Pr. Ob. 4 107½ G

do. 100 Rl. Kre. 2 — 113½ B

do. Wechsel 1860 5 106½ G

do. Pr. Sch. 1864 — 98½ G

do. Bodentr. G. 5 87½ G

Poln. Schatz-Ob. 4 86½ B

do. Gert. A. 300 Rl. 5 94½ B

do. Pfdr. III. Em. 4 82½ B

Thüringer Bank 4 101 G

Weimarerische Bank 4 93½ B

Maab-Grazer Pfands. 4 63½ B

Pr. Hyp. Verl. 4 128½ B

Franz. Anl. 71, 72, 5 100 B

Bulgar. 20 p.Ct. Pfd. —

Rumän. Anleihe 8 103½ B

do. Pr. 100 B

do. do. 104½ B

Kur. u. Neum. 3½ 87½ B

do. do. 86 G

do. neue 4½ 103 B

do. do. 87 G

do. do. 95½ B

Pommersche 3½ 87 G

do. neue 4 95½ B

Polnische neu 3½ 85½ B

Westpreußische 3½ 86½ G

do. do. 95½ B

do. do. 102½ G

do. do. 5 —

do. do. 101 G

do. do. 98 G

Pommersche 4 97½ B

do. do. 106½ B

do. do. 104½ B

do. do. 103½ B

do. do. 102½ B

do. do. 101 G

do. do. 101 G